

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/74

Bonn, den 19. April 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Beides zugleich !	100

Gewalt ist kein Argument - aber auch öffentliche Sicherheit
und Ordnung sind kein Selbstzweck

Von Martin Hirsch, MdB

3

"Mann des guten Willens"

47

Axel Gäsar Springer sollte beim Wort genommen werden

***** Zur Beachtung *****

Der Sozialdemokratische Pressedienst veröffentlicht heute als Sonderausgabe eine Reportage mit dem Titel

DAS ANDERE ITALIEN

Blick auf seine Modernisierung und Industrialisierung

Italien ist nicht nur das Ferienland von Millionen sonnenhungriger Urlauber. Es gibt ein anderes Italien, ein Land, in dem nicht nur Zitronen blühen. Eine immer schneller modern werdende Industrie, die nicht nur im Norden, sondern seit einigen Jahren auch im Süden, großartige Erfolge zu verzeichnen hat - das ist das moderne Italien, das in dieser Reportage geschildert wird.

Beides zugleich!

Von Martin Hirsch, MdB

Es ist verständlich, wenn eine jugendliche Bewegung, die in moralischem Eifer auszog, ihre Unruhe über politische und gesellschaftliche Fehlentwicklungen einer breiten Öffentlichkeit mitzuteilen und Änderung zu bewirken, die Empörung über diffamierend-hetzerische Resonanz bei mächtigen Organen eben dieser Öffentlichkeit in resignierende Gewalttätigkeit umsetzt. Es ist verständlich, daß sie den aus solcher Hetze geborenen Nordanschlag auf einen ihrer Sprecher mit spontaner Gewalt gegen die vermeintlichen oder tatsächlichen Urheber beantworten. Es ist verständlich, daß sie Appellen zur Gesetzestreue Hohn lachen, wenn sie von Personen ausgehen, die zumindest den Anschein nicht vermieden, als fühlten sie sich selbst an Recht und Gesetz nur gebunden, solange sie selbst davon Nutzen haben. Die Debatten um das Berliner Versammlungsgesetz boten solchen Anschein.

Die Unlust, sich auf gewaltlose Petitionen und auf höflich-förmliche Anmeldung ihrer Wünsche zu beschränken, ist verständlich angesichts der Erfahrung, daß die Berliner Studenten mit solchen Formen nichts, mit gewaltsamen Druck aber manche Forderung durchsetzen konnten. Es ist verständlich, daß die Protestbewegung Gesprächsangeboten mit wachsender Skepsis begegnet, wenn sie allzu häufig die Erfahrung machen mußten, daß solche Diskussionen in folgenlosem Palaver versanden.

Aber was verständlich ist, kann damit noch nicht entschuldigt werden. Gewalt ist kein Argument. Die vor den Protestlern behauptete faschistoide Rückentwicklung der westdeutschen Gesellschaft und ihres Staates kann mit Gewalt nicht korrigiert werden. Es ist nachgerade billige Ironie darauf hinzuweisen, daß Gewalt nur eben jener faschistischen Staatslehre als systemgerecht legitimes politisches Mittel galt, deren praktische Nachfolger die Studenten bekämpfen wollen. Gerade darin sollte doch wohl einer der wenigen Fortschritte der gesellschaftlichen und staatlichen Entwicklung seit geschichtlichen Frühzeiten liegen, daß Mittel und Wege gefunden wurden, um innergesellschaftliche politische Auseinandersetzungen unter Verzicht auf physische Konfrontation auszutragen.

Nicht einmal das gern benutzte Schlagwort von der angestrebten "Revolution" vermag solchen gewalttätigen Krawall zu rechtfertigen. Wann je sind Revolutionen gegen die Masse des Volkes durchgesetzt worden? Und niemandem als den Mächtigerenrevolutionären selbst ist schmerzlicher bewußt, daß sie ihre nebulösen Ziele gegen die Massen unseres Volkes durchsetzen müßten. Wenn "Revolution" durch das "Uktempeln des gesellschaftlichen Bewußtseins" erreicht werden soll, dann müssen die Urheber darauf hingewiesen werden, daß Gewalt Bewußtsein versteift, allenfalls opportunistisches Nachgeben bewirkt, aber ganz gewiß niemandes Bewußtsein den Gewalttätern aufschließt.

Man darf und muß den "Rebellen" zugute halten, daß ein Großteil von ihnen in den Gewaltaktionen der letzten Tage eine vermeintliche Notwehrreaktion gegen die psychische Gewalttätigkeit sahen, die ihnen aus den Spalten der Springer-Presse monatelang tagtäglich ungehindert entgegen sprang. Aber so blind kann niemand sein, daß er im Anzünden von Zeitungen ein brauchbares Mittel sieht, solchen publizistischen Entgleisungen wirksam zu wehren.

Gewalt ist kein Argument; Gewalt ist erst recht kein Ersatz für fehlende Argumente. Denn das Unverständnis, dem die "revolutionäre Kerntruppe" der Protestbewegung allenhalben begegnet, beruht nicht zuletzt darauf, daß sie bis heute auch nicht die Andeutung des Ansatzes eines Versuches gezeigt hat, eine politische Alternative zu formulieren. Revolution ist Aktion, aber nicht Ziel. Was danach kommen soll, blieb bis heute ungedacht, ungesagt. Wer eine "Revolution" propagiert allein um der "Bewegung" willen, wer solche echt faschistische Konfrontation der Gewalt um ihrer selbst willen sucht, ohne ein politisches Ziel anzubieten, der darf sich über "blinde" Gegengewalt nicht wundern.

Aber auch umgekehrt gilt: Gewalt ist kein Argument. Gegengewalt, die kein anderes Ziel kennt, als die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu schützen, wird unglauwbüdig, wenn die solcherart bewahrte öffentliche Ruhe nicht politisch genutzt wird. Der Einsatz von Polizeiknütteln gegen eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung kann die politischen Probleme nicht lösen, aus denen solche Unruhe entstanden ist. Wo öffentliche Ruhe zum Alibi politischer Tatenlosigkeit wird, darf niemand sich darüber wundern, wenn der Appell zur Ruhe mit gesteigerter Gewalt beantwortet wird.

Denn als das, was die Gewalttätigkeit dieser ersten politischen deutschen Jugendbewegung verständlich macht, ist Ausdruck politischer Fehler, die wir Politiker zu verantworten haben. Wir können die Wellen der Gewalt nicht wirksam bändigen, wenn wir nicht zugleich die politische Unruhe, die da immer wieder in Gewaltakten ausföhrt, überzeugend beantworten. Und beantworten heißt mehr als Gespräche anbieten, die keine praktischen Folgen haben, heißt mehr als den allgemeinen Jammer der Epoche beschwören.

Gewalt muß nach den Tarifen des ordentlichen Strafrechts beantwortet werden, zügig und unnachsichtig. Aber gleichzeitig müssen die politisch-kritischen Argumente aufgegriffen werden, die hinter der Unruhe stehen, unabhängig davon, wer sie vorträgt. Dieselbe Verfassungsordnung, die uns alle auf gewaltlose Austragung politischer Konflikte verpflichtet, verbietet auch, politische Unruhe um ihrer Tabu-feindlichkeit willen zu verketzern, politische Proteste mit dem "Argument" abzuwehren, sie seien von einer "Mini-Minorität" getragen.

In seiner Fernsehansprache vom 14. April hat Bundesminister Eilermann erklärt, worum es geht: "Unser Grundgesetz ist ein großes Angebot. Zum ersten Mal in unserer Geschichte will es in einem freiheitlich-demokratischen und sozialen Rechtsstaat der Würde des Menschen volle Geltung verschaffen. In ihm ist Platz für eine Vielfalt der Meinungen, die es in offener Diskussion zu klären gilt. Uns in diesem Grundgesetz zusammenzufinden und seine Aussagen als Lebensform zu verwirklichen, ist die gemeinsame Aufgabe." Die letzten Äußerungen des SDS-Vorsitzenden Wolff haben gezeigt, daß dort ein Umdenkungsprozeß in diesem Sinne läuft. Gleiches von den Verantwortlichen der Springer-Presse zu erwarten, ist fast hoffnungslos. Dem wird dann notfalls mit derselben Autorität nachgeholfen werden müssen, die wir jetzt gegen die Urheber physischer Gewalt aufbieten müssen, um die engagierte politische Debatte mit der ernsthaften politischen Kritik gegen beiderlei Störungen zu sichern.

"Mann des guten Willens"

Axel César Springer sollte beim Wort genommen werden

sp - Er sei als ein Mann des guten Willens nach Berlin gekommen und werde diese Stadt nicht verlassen, sagte Axel César Springer bei den Modeeinkäufern in Berlin. Die Aktivität seines Hauses werde eher noch zunehmen...

SPD-Fraktionsvorsitzender Helmut Schmidt meinte in Zeitungsartikeln, der Unmut gegen Springer würde sicher nicht so groß sein, wenn der Verleger in seinen Zeitungen und Zeitschriften unterschiedliche Meinungen zu Worte kommen ließe.

Man kann Springer weder enteignen noch kann man ihn dazu zwingen, Zeitungen mit unterschiedlichen Meinungen herauszugeben. Und doch sollte die politische Führung unseres Staates nicht nur wegen der Studentenrevolten ernsthaft darüber nachdenken, welche Möglichkeiten gegeben sind, um das Unbehagen eines Teiles unserer Bevölkerung an der tatsächlichen oder vermeintlichen Monopolisierung meinungsbildender Faktoren zu beseitigen. Es gibt auch in anderen demokratischen Ländern Beispiele dafür, wie man so etwas macht. Sogar in Frankreich de Gaulles haben Redakteure ein beachtliches Mitbestimmungsrecht bei der Festlegung der politischen Richtung, die ihre Zeitung einschlägt. Auch in England hat man Mittel und Wege gefunden, um das Überhandnehmen von meinungsbildenden Monopolen einzudämmen.

Wenn gelegentlich gesagt wird, in der sogenannten freien Marktwirtschaft entscheide einzig und allein der Erfolg und niemand käme auf die absurde Idee, die Verfügungsfreiheit eines Zahnpastafabrikanten deswegen einzuschränken, weil es ihm gelungen ist, sein Produkt marktbeherrschend zu machen, dann hängt dieser Vergleich.

Natürlich sind auch Zeitungen in gewissem Sinne Marktartikel. Aber wer sich einmal die Reden von Verlegern und Journalisten über die ethischen Grundsätze ihres Berufs anhört, wird schnell feststellen können, daß nach den eigenen Aussagen von Zeitungsmachern ein großer Unterschied zwischen dem gedruckten Wort und einem Markenartikel besteht.

Wenn man jetzt also die politischen Folgen einseitiger Meinungsbildung durchleuchten will und neue Formen für die Darstellung des Geschehens in unserer Gesellschaft sucht, sollte man nicht nur Herrn Springer, sondern auch andere seiner Verlegerkollegen an ihre eigenen Worte erinnern. Außer dem Springer-Konzern gibt es z.B. auch eine gewisse Monopolstellung der großen Nachrichtenagenturen, deren sich wohl 98 Prozent der deutschen Zeitungen bedienen. Rundfunk und Fernsehen dagegen haben ein Statut, wonach in den Aufsichtsgremien die Vielfalt unserer demokratischen Gesellschaft repräsentiert wird. Sicher könnte man auch hier einiges verbessern, aber im wesentlichen hat sich das bisherige System der Kontrolle wirtschaftlicher und redaktioneller Tätigkeit in diesen gewiß auch reinigungsbildenden Publikationsorganen bewährt.

Herrn Axel César Springer wäre zu raten, sich tatsächlich als der "Mann des guten Willens" zu zeigen, als den er sich wieder einmal in Berlin bei den Modeeinkäufern repräsentiert hat.